

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 1

Artikel: Rückblick auf das zweite Halbjahr 1973
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142331>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gungen zu zerschlagen, so geht dies im Effekt auch auf eine Erweiterung ihres Lebensraumes hinaus, wenn es auch nicht in einer Form erfolgt, wie sie im 19. Jahrhundert üblich war. Was Annektionen anbetrifft, so wäre festzustellen, wieviele Stützpunkte sich die USA in der ganzen Welt gesichert haben. Zumindest im Pazifik ist der Unterschied zwischen einer Annektion und der Benützung einer Insel, oder eines Landes als Stützpunkt, von akademischem Interesse. Natürlich ist der nördliche Gegenspieler der USA, was die Rechte der Kleinen und Machtlosen anbelangt, um kein Haar besser als die Amerikaner.

Paul Furrer

Rückblick auf das zweite Halbjahr 1973

Die globale Krise, unterteilt in zahlreiche nationale Krisen, von der hier immer wieder die Rede war, hat sich im vergangenen halben Jahr weiter verschärft. Vor allem der vierte arabisch-israelische Krieg mit seiner unmittelbaren Folge einer vorübergehend reduzierten, anschließend drastisch verteuerten Lieferung von Erdöl aus arabischen Ländern, hat nunmehr auch politischen Führern im Westen die viel diskutierte «Grenzen des Wachstums» handgreiflich vor Augen geführt. Allmählich spricht sich herum, wofür diese Zeitschrift schon seit geraumer Zeit eintritt, daß ökonomisches Wachstum um beinahe jeden Preis — einschließlich der Zerstörung der Umwelt — kein Selbstzweck sein darf.

Nullwachstum wider Willen

Ökonomisches Nullwachstum, also Stagnation, oder gar Rückgang, gab es natürlich auch früher immer wieder, vor allem im Zeitalter der kapitalistischen Produktion. Aber dann galten Stagnation oder Rückgang stets als Katastrophe, oft mit verheerenden politischen Konsequenzen. Das durch den (angeblichen oder wirklichen) arabischen Ölboykott erzwungene Nullwachstum würde 1974 und in den folgenden Jahren jedoch die Chance eröffnen, aus der von außen auferlegten Not endlich eine weltpolitische und welthistorische Tugend zu machen — ökonomische Stagnation als Atem- und Denkpause zur Bewältigung der globalen Probleme konventioneller wie moderner Natur: Gewinnung neuer, umweltneutraler Energien, zum Beispiel aus der Umwandlung von Sonnenenergie, rationelles Haushalten mit den insgesamt doch begrenzten natürlichen Ressourcen an Rohstoffen, an Erde, Wasser und Luft, wenigstens tendenzielle Angleichung des Lebensstandards in den industrialisierten und unterentwickelten Kontinenten durch gezielte

Entwicklungsstrategien, die einerseits Umweltschäden in den Entwicklungsländern vermeiden, andererseits deren fortdauernde politische Abhängigkeit von den Industrie-Monopolen (kapitalistischer wie kommunistischer Struktur) beenden. Die Alternative wäre sonst ein Welt-Bürgerkrieg und Welt-Klassenkampf gigantischen Ausmaßes, vielleicht schon im kommenden Jahrzehnt, dessen Einzelheiten sich kein rational denkender Mensch gern ausmalt. Die spektakulären Nebenerscheinungen des Nahostkonflikts — Ölboykott und Attentate palästinensischer Terroristengruppen — in den frühen 1970er Jahren, wären dann nur erste Symptome für die dann denkbar gewordene Entwicklung gewesen.

Innere Lähmung der USA

Die innere Lähmung der USA machte im zweiten Halbjahr 1973 weitere «Fortschritte», nur mäßig gebremst durch den Abgang Spiro Agnews, womit der Weg zum Impeachment oder Rücktritt Richard Nixons politisch frei würde, oder durch das Aufrücken Henry Kissingers vom faktischen zum nunmehr tatsächlichen Außenminister der USA. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 1973 an Kissinger war ein sublimier politischer Zynismus, denn Kissinger erkaufte sich seinen Anteil am «Waffenstillstand» in Vietnam nur durch Befürwortung, Billigung oder Hinnahme der mörderischen Bombardierungsstrategie gegen Vietnam, besonders Nordvietnam, kulminierend im schrecklichen Weihnachtsbombardement von Hanoi und Haiphong Ende 1972. Kissinger vermochte zwar die USA «ehrenhaft» (nach amerikanischen Begriffen!) aus dem Vietnamkrieg herauszuziehen, aber der Krieg geht eben versteckt weiter, wenn auch jetzt ohne formelle Verantwortung der USA.

Energie- und Finanzkrise

Schon vor dem Yom-Kippur-Krieg war in den USA — zur sich ständig steigenden politischen Vertrauenskrise des Watergate-Skandals — die ökonomische Krise einer tatsächlichen oder manipulierten Energieversorgungskrise hinzugetreten, die bis zu drastischen Maßnahmen in den USA reichte, im «Land der unbegrenzten Möglichkeiten», der Überfluß- und Wegwerf-Gesellschaft. Durch den arabischen Ölboykott samt sich anschließender Verteuerung des Erdöls, das überall mit US-Dollars zu bezahlen ist, erhielt zwar die seit Sommer 1973 anlaufende Kurs-erholung des Dollars an den Börsen zusätzlichen Auftrieb, aber moralisch bleibt die Stellung des US-Dollars und der USA angeschlagen. Die anhebenden mageren Jahre verstärken die Isolierung der USA in der Welt, weil ihre dann traditionelle Politik des nunmehr offenen ökonomischen Egoismus auch bisherige weltpolitische Partner wie Japan und die Europäische Gemeinschaft herausfordert. Da die USA in den Ent-

wicklungsländern, abgesehen von ökonomisch und politisch abhängigen Führungscliquen in einigen Dutzend Entwicklungsländern, kaum wirkliche Freude haben, bleiben im wesentlichen nur noch das seinerseits isolierte Israel, das die USA im Oktober 1973 vielleicht zum letzten Mal aus der Klemme befreien konnten, und die Sowjetunion, die in den letzten Jahren immer stärker auf einen Kurs der ökonomischen Kooperation mit kapitalistischen Ländern geht, vor allem mit den USA.

Paradoxe Situation der Sowjetunion

Für die Sowjetunion hat sich damit eine paradoxe Situation entwickelt: Innenpolitisch versucht die Sowjetführung unter Breschnew ihre Öffnung für kapitalistisches Kapital durch Abwehr der sich eigentlich daraus ergebenden logischen inneren Konsequenzen abzuschirmen. Die innenpolitischen «Dissidenten» (dies als terminus technicus auch im Russischen) unter Solschenizyn und Sacharow kristallisieren sich als halb-tolerierte, halb-verwünschte intellektuelle Opposition mit einem noch unausgegorenen Programm. Es besteht einerseits aus — sicherlich berechtigter — Kritik am bürokratisch erstarrten Sowjetkommunismus und Forderungen nach größerer intellektueller Freiheit und politischem Bewegungsraum, andererseits aus einem nur noch die eigene Situation ins Kalkül ziehenden sowjetrussischen Egoismus, der sich weitgehend im Wunsch nach Erhöhung des sowjetischen, evtl. noch des osteuropäischen Lebensstandards erschöpft. Die Situation dieser inoffiziellen, unorganisierten Opposition wird doppelt tragisch, weil sie nach — an sich universal berechtigten — Freiheiten und Rechten im Westen für die Sowjetunion in dem Augenblick ruft, da sich die Sowjetunion ökonomisch dem kapitalistischen Westen zu öffnen beginnt, gleichzeitig aber der kapitalistische Westen seinerseits immer tiefer in seine Existenzkrise gerät. Andererseits sind die Krokodilstränen über Solschenizyn und Sacharow, die heutzutage bei unseren Reaktionären und Konservativen des Westens fließen, reine Heuchelei oder Zynismus, weil diese Kreise nie bereit sind, freiwillig in den meisten Ländern des «freien Westens» jene elementaren Freiheitsrechte zuzulassen, zum Beispiel in Griechenland, Spanien, Portugal, Südafrika, Südvietnam oder jetzt auch Chile, die die intellektuelle Opposition in der Sowjetunion — zu Recht — für sich fordert, unvermeidlich mit dem Beifall von der falschen (rechten) Seite.

Chile

Die beiden die gesamte Welt am stärksten erschütternden politischen Ereignisse des vergangenen Halbjahres vollzogen sich jedoch nicht in oder zwischen den beiden größten Weltmächten, sondern in Lateinamerika und im Nahen Osten, jeweils mit drastischen Rückwirkungen

— Umsturz in Chile und vierter arabisch-israelischer Krieg. Im letzten Halbjahresbericht hatte es sich aus dem Duktus der Analyse ergeben, daß am Ende plötzlich Lateinamerika herausgefallen war. Sonst wären die sich kumulierenden Spannungen in Chile und Argentinien damals schon, wenn auch mit aller Vorsicht, angesprochen worden. Nachträglich wird es jetzt aber leichter, über die tatsächlich eingetretenen Veränderungen zu sprechen und sie in die weltpolitischen Perspektiven einzuordnen: In Chile war die Stellung des sozialistischen Präsidenten Allende mit seiner Minderheiten-Koalition im Parlament durch US-Boykott des chilenischen Kupfers und systematisch angezettelte «Streiks» von Transportunternehmern und Bergarbeitern im Kupferbergbau, ferner durch das zunächst nur verdeckte Eingreifen des Militärs bereits derart ausgehöhlt, daß der Militärstaatsstreich vom 11. September zunächst keinen nachhaltigen und effektiven militärischen Widerstand zu überwinden hatte. Der Coup, unter offenem oder verstecktem Beifall der Rechten im Westen, demonstrierte das eigenartige Demokratieverständnis im «freien Westen», das ein sozialistisches Regime, das durch freie Wahlen zur Macht kam, nur so lange toleriert, als es sein Programm, zum Beispiel der Sozialisierung, unausgeführt läßt. Die Konsequenz ist, daß das Prinzip Reform, dem der Westen angeblich huldigt, in der Realität ad absurdum geführt wird, sodaß nur noch das Prinzip Revolution zur Durchführung der längst überfällig gewordenen Veränderung von sozialen und politischen Strukturen in weiten Teilen der Welt übrigbleibt. Die gewaltsame Verhinderung und Unterbrechung eines evolutionären Prozesses zum Sozialismus in Chile wird sich langfristig einmal für den kapitalistischen Westen bitter rächen.

Yom-Kippur-Krieg . . .

Unmittelbarer und handgreiflicher waren die Konsequenzen des Yom-Kippur-Krieges. In ihm entluden sich die im Frühjahr 1973 zeitweilig schon an den Rand eines neuen Krieges drängenden Spannungen, diesmal eindeutig von arabischer Seite ausgehend, sodaß der Krieg noch vor den für den Oktober angesetzten Wahlen in Israel kam, die daraufhin auf den 31. Dezember verlegt wurden. Militärisch endete der Krieg mit einem scheinbaren Remis, weil die beiden Weltmächte einen Waffenstillstand erzwangen, als das zunächst in die Defensive gedrängte Israel im Gegenschlag zwischen Suez und Kairo stand. Bei Fortgang des Krieges hätte Israel vermutlich Ägypten eine noch größere Niederlage beigebracht als je zuvor, dann aber sogar auf ägyptischem Kernboden.

. . . politisch gesehen

Politisch aber erwies sich der Krieg als eine allseitige Niederlage für Israel: Die Isolierung Israels verstärkte sich, wie der Abbruch diplo-

matischer Beziehungen durch die letzten schwarzafrikanischen Länder mit Israel nach Kriegsausbruch dramatisch unterstrich. Nur die USA hielten noch einmal die schützende Hand über Israel, aber auch schon eher unwillig ob der israelischen Intransigenz, obwohl die USA mit Kissinger erstmals einen Außenminister, mit Schlesinger einen Verteidigungsminister jüdischer Abstammung haben.

Rechtsruck in Israel

Innenpolitisch brachten die anfänglichen militärischen Rückschläge bei den Wahlen zur neuen Knesseth einen merklichen Rechtsruck, der Israel politisch noch bewegungsunfähiger machen wird. Mit dem Sieg der Falken in der Arbeiterpartei und im Rechtsblock unter Menachim Begin zeichnet sich auch im modernen Israel die Situation der Juden im Aufstand gegen die Römer um 70 n. Chr. ab: Sobald die militärischen Anfangserfolge ausblieben, ergriffen mit den Zeloten die «Falken» die Macht und vollendeten durch Intransigenz nach außen und Fanatismus nach innen die eigene Selbstzerstörung: Ein Sieg der modernen Zeloten blockiert die Verständigung mit den Arabern und bedeutet ein Votum für die Fortsetzung des Krieges mit den Arabern auf unabsehbare Zeit. Denn die bisherige Geschichte hat gezeigt, daß Israel mit seiner Politik der Stärke keinen Frieden im Nahen Osten erzwingen kann. Je deutlicher die israelische Uneinsichtigkeit in die Unhaltbarkeit dieser Situation wird, umso mehr wird sich in Westeuropa der durch Auschwitz geschaffene Schuld-Komplex gegenüber Israel und die sich daraus ergebende anfängliche Solidarisierung auflösen: Von einem gewissen Zeitpunkt an ist Israel für seine Politik selbst verantwortlich und muß die Folgen seiner Politik auch selbst tragen. Und wenn sich Israel immer mehr in eine Groß-Sparta-Situation verrennt, unfähig oder unwillig, die einzige Alternative, wie sie die sog. Kulturzionisten von Anfang an wiesen und Uri Avnery heute noch immer als Ausweg vertritt, auch nur ins Auge zu fassen (ein jüdisch-arabischer Staat), so kann der Außenstehende nicht mehr viel tun.

Das Problem: Die Palästinenser

Es gilt dann vor allem, die verheerenden Konsequenzen aus der israelischen Halsstarrigkeit tunlichst zu lokalisieren und einzudämmen, indem jede Kompromißmöglichkeit ausgenutzt wird, schon um weiteren Verzweiflungstaten palästinensischer Gruppen, die offenbar neuerdings vom libyschen Staatschef Ghaddafi gesteuert und finanziert werden, tunlichst den Boden zu entziehen. Bei der Beurteilung der zahlreichen Terrorakte palästinensischer Gruppen im vergangenen halben Jahr — Massaker in Rom und Athen, diverse Flugzeugentführungen, Attentate usw. — bleibt nämlich in der Tat zu berücksichtigen, daß sie — ob organisiert und damit mißbraucht von bestimmten Stellen oder nicht —

nur auf dem Hintergrund der langanhaltenden Verzweiflung der Palästinenser gegenüber der ihnen die eigene Staatlichkeit verweigernden Politik Israels zu erklären ist. Fällt die Weigerung fort, den Palästinensern den eigenen Staat zu gewähren, so entsteht die Hoffnung auf Normalisierung auch der psychisch und politisch durchdrehenden Teile des palästinensischen Volkes. Empörung über die «abnorme» Reaktion junger Palästinenser bleibt solange Heuchelei, solange nicht der Grund für solche Reaktionen beseitigt ist — die anhaltende und abnorme Staatslosigkeit der Palästinenser. In dieser Beziehung sollten die Israelis, selbst einst staatslose Zionisten, die Palästinenser in ihrer verzweifelten Lage eigentlich am besten verstehen.

Rezession in England

Die Reduzierung und Verteuerung der Öllieferungen aus arabischen Ländern traf in Westeuropa mitten in eine sich abzeichnende Rezession hinein und hat sie nur noch beschleunigt, vor allem in England, das in seinem Abstieg von seiner ursprünglich führenden Position als erste Industrienation seit dem 18. Jahrhundert ohnehin seit Jahren in einer permanenten Strukturkrise steckt. Die ursprünglichen Kernregionen der industriellen Revolution — Nordengland und Südschottland — gehören inzwischen zu den chronischen Depressionsgebieten mit der düsteren Aussicht, zusammen mit Irland und Süditalien, zum Armenhaus der Europäischen Gemeinschaft herabzusinken. Entsprechend sind seit Jahren die ursprünglich ersten modernen Industrien — Textilindustrie und Kohlenbergbau — zu den schwächsten Gliedern der kapitalistischen Ordnung geworden. Die chronische Energiekrise in England verschärfte sich noch durch die Weigerung der Bergarbeiter und der Lokomotivführer, angesichts des anhaltenden Preisauftriebs, Überstunden ohne entsprechende Entlohnung zu leisten.

Verbrauchte Parteien

Der Energie-Notstand, äußerlich symbolisiert durch die Einführung der Drei-Tage-Arbeitswoche in der englischen Industrie, brachte die konservative Regierung Heath in schwere Bedrängnis, ohne daß die oppositionelle Labour Party, über ein formal linkeres Programm der Vergesellschaftungen nach einem Labour-Wahlsieg hinaus, unter Harold Wilson eine attraktivere Alternative anzubieten hätte. Unter diesen Umständen werden auch die ohnehin bald fälligen Neuwahlen in England kaum eine Klärung oder gar politische Sanierung bringen, da beide großen Parteien verbraucht sind.

Nordirland

Immerhin hat die konservative Regierung in Nordirland noch den An-

satz zu einer politischen Lösung durch die Ermöglichung einer Koalition der gemäßigten protestantischen und katholischen Kräfte erreicht. Wie lange die Ansätze vorhalten, bleibt abzuwarten, vor allem, ob es dem einen oder andern Flügel der IRA oder den rechtsextremen Protestanten gelingt, die Koalition durch eine Bombenkampagne, wie sie vor allem London traf, wieder buchstäblich zu sprengen. Die Entführung des bundesdeutschen Wahlkonsuls Niedermeyer in Belfast, wenn sie erst einmal aufgeklärt ist, kann Hinweise für die weitere Entwicklung geben, je nachdem welche Gruppe im politischen Spektrum Nordirlands für die Entführung verantwortlich zeichnet.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Für die erweiterte EG verschärfte der arabische Ölboykott durch seine unterschiedliche Behandlung von EG-Mitgliedern entsprechend ihrer Haltung zu Israel, die ohnehin vorhandenen Spannungen. In der Nahostfrage wurden sie nur mühsam durch eine erstmals von Israel abrückende gemeinsame politische Erklärung aufgefangen. Gegen Jahresende spitzte sich der Konflikt um die Höhe und den Verteilungsmodus des sog. Regionalfonds der EG zu. Namentlich die beiden neuen Mitglieder England und Irland, dazu Italien, forderten eine Höhe des Fonds zur Unterstützung schwacher Regionen, wie sie die Bundesrepublik als Hauptzahlerin, angesichts der eigenen Probleme für unvertretbar hielt.

Dänemark

Die Wahlniederlage der Sozialdemokratie und Konservativen in Dänemark zugunsten einer rechten Absplitterung von der SPD und einer poujadistischen bürgerlichen Gruppe brachte neue Instabilität in das dritte der 1973 in die EG eingetretenen Länder. Nach allen politischen Erfahrungen normalisiert sich zwar nach einigen Jahren vermutlich wieder die Lage, wenn die bürgerlichen Wähler die poujadistische Steuer-Demagogie durchschaut haben, aber bis dahin wird es auch für das bisher so bedächtige Dänemark einige Jahre der Instabilität, vielleicht sogar der Turbulenz geben.

Flügelkämpfe in der SPD/FDP-Koalition

Weiter südlich hat sich in der Bundesrepublik Deutschland auch ohne Wahlen eine überraschend starke Unsicherheit ausgebreitet. Während die sozialliberale Koalition mit dem Normalisierungsvertrag mit der CSSR das System der Ostverträge abschloß, zeigen sich Auflösungserscheinungen innerhalb der SPD/FDP-Koalition und Abnutzungserscheinungen Willy Brandts. Die SPD ist immer noch zu langsam oder zu schwerfällig, aus den herausfordernden Aufgaben der Gegen-

wart und Zukunft ein wirklich an die Wurzel gehendes Programm struktureller Reformen zu formulieren, das auch die Zustimmung der Wähler findet. Stattdessen gibt sie sich erbitterten Flügelkämpfen zwischen links und rechts hin, die als reine Positionsmachtkämpfe steril bleiben und Wähler eher verschrecken. Daher mußte die SPD — wenigstens in ernst zu nehmenden demoskopischen Umfragen — einen erheblichen Rückschlag zugunsten der FDP und der CDU/CSU hinnehmen. Da im Landtagswahljahr 1974 die ersten Wahlen im März 1974 in Hamburg stattfinden, wo eine besonders rechts-bürokratisch erstarrte SPD, zusammen mit einer besonders links-alerten FDP regiert, dürfte der Auftakt für die SPD besonders ungünstig ausfallen.

Willy Brandt und deutsche Innenpolitik

Willy Brandts Stärke lag bisher in der Außenpolitik. Auf dem unübersichtlicheren Gelände der Innenpolitik läßt er dagegen eher die Zügel schleifen, sodaß er sich dort am stärksten durch mangelnden Einsatz abnutzt. Bei dem großen «Türkenstreik» bei Ford in Köln und bei anderen spontanen Streiks meist ausländischer «Gastarbeiter» Ende August 1973 fand die Bundesregierung überwiegend nur Worte, die ein fatales Unverständnis für die Situation der Gastarbeiter verrieten. Der stellenweise handgreiflich ausgefochtene Klassenkampf zwischen bessergestellten deutschen Arbeitern und Angestellten einerseits, ausländischen «Gastarbeitern» andererseits gibt einen Vorgeschmack von Konflikten, die mit der Verschärfung der ökonomischen Krise ausbrechen könnten.

Gastarbeiter oder Kapitalexport

Die Frontstellung zwischen industrialisierten und unterentwickelten Ländern würde sich reproduzieren — jetzt aber in den Industrie-Metropolen selbst, wo stellenweise das Gastarbeiter-Subproletariat bereits die Mehrheit erreicht hat. Kombiniert mit den Rückwirkungen der Erdölkrise stellt sich die Frage jetzt neu, ob nicht besser westliches Kapital zur Industrialisierung in die Länder gehen sollte, die Gastarbeiter nach West- und Nordeuropa entsenden. Aber hier entsteht sofort, jedenfalls solange solche Industrialisierung unter kapitalistischen Vorzeichen erfolgt, unter sozialrevolutionären Sprechern der betroffenen Länder der Verdacht, daß es sich nur um eine möglichst rationelle Verwertung des westlichen Kapitals durch die Verlagerung der Produktion in Niedrig-Lohn-Länder handle. Hier tut sich ein *circulus vitiosus* auf, der nur durch eine ehrliche und konsequente sozialistische Politik der allseitigen Solidarität zu durchbrechen wäre.

Griechenland

Die sich verschärfende Krise in den meisten EG-Staaten wurde flankiert durch die sich verschärfende Krise im südosteuropäischen Griechenland und im südwesteuropäischen Spanien, der eine Staat direkt, der andere indirekt (über die USA) mit der NATO verbunden. In Griechenland führte der zaghafte und verspätete Versuch der Militär-Junta, zu zivileren und parlamentarischen Formen des Regierens zurückzukehren, zur politischen Explosion unter den Studenten Athens, die den Sturz von Präsident Papadopoulos und beinahe den Sturz der Militär-Junta bewirkte. Die Militär-Junta konnte sich noch einmal durch Militäreinsatz retten, ohne jedoch die grundlegenden Probleme des Landes auch nur andeutungsweise lösen zu können.

Spanien

In Spanien kulminierte kurz vor Weihnachten ein Prozeß der inneren Konflikte, ausgetragen in Streiks, Demonstrationen und Polizeiaktionen, im Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten, ausgeführt durch die baskische Befreiungsbewegung. Noch konnte das erfolgreiche Attentat das Franco-Regime nur vorübergehend erschüttern, noch nicht stürzen. Aber es ist ein massiver Ausdruck der weiter zunehmenden Spannungen hinter der Fassade des autoritären Caudillo-Staats, die mit dem Abtreten Francos früher oder später vermutlich gewaltdtätig hervorbrechen werden. Der zweite spanische Bürgerkrieg in unserem Jahrhundert könnte die Folge sein, mit heute noch nicht absehbaren Rückwirkungen.

Argentinien

Im historisch mit Spanien verbundenen Argentinien bereitet sich eine ähnliche Explosion unter dem triumphal heimgekehrten Peron vor. Die seit dem Sturz Perons 1955 regierenden Militärs konnten sich zuletzt nicht anders helfen, als über einen farblosen Strohmann Peron zurückkehren zu lassen, der sich dann bald selbst wieder als Präsident wählen ließ. Aber die peronistische Bewegung spaltete sich noch im Augenblick der triumphalen Rückkehr Perons für alle sichtbar, in sich erbittert mit Waffengewalt bekämpfende rechte und linke Flügel. Peron, der zunächst vorgab, über den Faktionen zu stehen, verbündete sich nach seiner formellen Re-Installierung als Staatschef rasch mit dem rechten Flügel und trieb somit den linken Flügel der peronistischen Bewegung in die sozialrevolutionäre Radikalität. Nach dem wohl bald zu erwartenden Ausscheiden Perons dürften die sich schon jetzt abzeichnenden Konflikte wieder offen ausbrechen, möglicherweise mit revolutionären Konsequenzen.

Immanuel Geiss